

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV/98

Bonn, den 27. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Berufung auf "München 1938"? 73

Kein Mittel der Politik im Jahre 1969
Bemerkungen zum Pfingst-Treffen der Sudetendeutschen in Nürnberg

3 - 4 Katholische Kirche und politische Parteien 60

Zu einem Dokument der deutschen Bischofskonferenz
Von Dr. Heinz Kornecki

5 Portugal steuert wieder harten Kurs 47

Die Zwiggestrigen formieren sich wieder
Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

An die Adresse der Kurzatmigen
Als gespaltene Nation eine Gemeinschaft bilden
Brandt: Konkrete Utopie nicht aus dem Auge verlieren
Wehnert: Beide Rechte in Friedensordnung einbringen
Woran Warschau erinnert werden sollte
Deutschland-Nachrichten
Lufthansa in Budapest
Gedenkausstellung Ludwig Peter Kowalski
Bruno Kainins 70 Jahre alt

Berufung auf "München 1938"?

Kein Mittel der Politik im Jahre 1969

Bemerkungen zum Pfingst-Treffen der Sudetendeutschen in Nürnberg

tz. - Das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg hat erneut zweierlei gezeigt: Der politische Bogen innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist weit gespannt. Er erstreckt sich von den entschiedenen Gegnern des Hitlerregimes bis zu jenen, die einst Konrad Henlein Gefolgschaft leisteten. Die Vertreibung hat die Deutschen aus Böhmen und Mähren zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt, die ihre Stärke und Geschlossenheit alljährlich in eindrucksvoller Weise demonstriert. Wer heute von politischen Realitäten spricht, die anerkannt werden müssten, sollte nicht übersehen, daß es sich auch hierbei um ein Stück politischer Wirklichkeit handelt. Diese Feststellung wurde in Nürnberg nicht zuletzt dadurch unterstrichen, daß am Sudetendeutschen Tag 1969 nahezu 400.000 Menschen teilgenommen haben.

Andererseits fehlt es nicht an Versuchen, die Masse der Vertriebenen zu radikalieren und die Landsmannschaften für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen. Auch auf den Straßen und Plätzen Nürnbergs wurde den Teilnehmern des Sudetendeutschen Tages ein Pamphlet in die Hand gedrückt, in dem die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien als unglaubwürdig und unzuverlässig, ja als "Verzichtparteien" angeprangert werden und die NPD den Vertriebenen als einzige Alternative angepriesen wird. Die Führung der Landsmannschaft hat sich von dieser Aktion auf das schärfste distanziert und Dr. Walter B e c h e r erklärte auf der Großkundgebung:

- * "Niemand kann ein Interesse daran haben, aus der Furcht vor
- * der Radikalität von links Millionen Wähler in die Radikalität
- * von rechts zu treiben".

Freilich, diese Aussage hätte größeres Gewicht, wenn der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht kurz zuvor in München die NPD in einer Weise charakterisiert hätte, die hinsichtlich ihrer Koalitionsfähigkeit zumindest zu Mißdeutungen führen muß.

Der im allgemeinen ruhige und sachliche Verlauf des Sudetendeutschen Tages wurde indessen durch einen Zwischenfall gestört, der im In- und Ausland Aufsehen erregte. Die Rede von Bundesminister Werner D o l l i n g e r (CSU), der die Grüße des Bundeskanzlers und der Bundesregierung überbrachte, wurde zweimal durch Pfi-Rufe und andere Unwillensäußerungen unterbrochen. Dollinger hatte die "auf Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsgebietes gerichtete Politik Hitlers" verurteilt und die Auffassung der Bundesregierung wiedergegeben, wonach "das seinerzeit völkerrechtlich gültige Abkommen von München nicht mehr gültig ist, weil es unter Androhung

von Gewalt zustande kam."

Als Dollinger mit seiner Äußerung erneut das Mißfallen eines kleinen Teils seiner Zuhörer erntete, die Sudetendeutschen würden auch in Zukunft auf die "modernen Rattenfänger" nicht hereinfallen, wurde klar, aus welcher politischen Ecke die Zwischenrufer kamen. Leider hat die Führung der Landsmannschaft in jüngster Zeit diesen Kräften, ungewollt und indirekt, einigen Auftrieb gegeben, weil sie sich um die Frage des Münchner Abkommens zuweilen herumgedrückt hat. Almar Reitzner hat in Nürnberg an eine Entschliebung des Sudetendeutschen Rates und der Landsmannschaft aus dem Jahre 1961 erinnert, in der es dazu heißt:

- * "Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein
- * gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum
- * Münchner Abkommen erzwungen".

Es besteht kein Anlaß, im Jahre 1969 von dieser Erklärung abzurücken oder sie durch zusätzliche Aussagen zu verwässern.

Das unstrittene Abkommen von München hat eine völkerrechtliche und politische Seite. Dieses unter Androhung von Gewalt entstandene Abkommen war von Anfang an ungerecht und ist ungültig. Deshalb ist der Versuch abwegig, dieses politisch tote Abkommen zu neuem Leben erwecken zu wollen.

In der gesamten Welt gilt "München" als eine Kapitulation der Demokratien vor den Drohungen eines Diktators; die Sudetendeutschen würden sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wollten sie das Münchner Abkommen stets wie ein Banner vor sich hertragen. Mit der Berufung auf München 1938 läßt sich im Jahre 1969 keine Politik machen, sondern nur noch Politik verhindern.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht nun 20 Jahre. Aus diesem Anlaß wurden die Leistungen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus und der politischen Konsolidierung mehrfach gewürdigt. An dieser Aufbauleistung haben auch die Sudetendeutschen mitgewirkt. Ihr Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung ihres Heimatraums sollte unbestritten sein. Es liegt in ihrem Interesse, alles zu verhindern, was - um mit Herbert Wehner zu sprechen - die Möglichkeit des Herbeiführens eines zwischenstaatlichen, zwischenmenschlichen und zwischennationalen Verhältnisses versperrt, in dem wirklich das Recht auf Heimat und auch ein demokratisches, modernes Volksgruppenrecht Gestalt gewinnen kann.

+ + -

Katholische Kirche und politische Parteien

Zu einem Dokument der deutschen Bischofskonferenz

Von Dr. Heinz Kornetzki

Das Verhältnis der katholischen Kirche zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik hat sich in den letzten acht Wochen geradezu dramatisch verändert: Das Dokument der deutschen Bischofskonferenz über "die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart" ist ein "klares Ja zu Pluralismus und Demokratie" ("Ruhr-Wort"), die zuvor abgegebene "Politische Erklärung" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken enthält auch zwischen den Zeilen keine Wahlempfehlung für den Herbst, schließlich setzte sich dieser Tage Lorenz Kardinal Jaeger, der Erzbischof von Paderborn, für "eine absolute Neutralität der Kirche im politischen Raum" (KNA) ein und konzidierte freimütig, daß "gute Katholiken" sowohl in der CDU wie auch in der SPD und in der FDP vertreten seien.

Das "umstrittene Kapitel der politischen Nachkriegsentwicklung", nämlich das Verhältnis der Christen und der Kirche zu den politischen Parteien, ist damit offiziell für abgeschlossen erklärt. Die Bischöfe nennen es in ihrem Dokument selbst "umstritten" und meinen damit zweifellos die über zwanzigjährige Bevorzugung einer einzigen Partei durch die Kirche, die der Entwicklung zur Demokratie keineswegs förderlich war. Das neue Kapitel über das Verhältnis zwischen Kirche und Parteien, das bereits auf dem Zweiten Vatikanum konzipiert, aber nur zögernd bejaht wurde, scheint nun endgültig geschrieben zu werden. Ernsthaft ist außer einigen in der Vergangenheit Lebenden niemand mehr davon überzeugt, daß es für einen Christen "kein Heil außer der CDU" (Willi Eichler) geben kann und Katholiken nur "mit irrigem Gewissen" die SPD wählen können, wie von CDU-Seite vor der Bundestagswahl 1965 noch behauptet worden war.

Die neuesten Dokumente katholischer Spitzen zum politischen Geschehen in diesem Lande sind beachtlich. Die deutschen Bischöfe haben ausdrücklich erklärt, daß sie künftig auf Hirtenworte zu politischen Wahlen verzichten werden; sie wollen die Kirche nicht

weiter ins parteipolitische Freund-Feind-Scharmützel eingespannt wissen. Die strikte Neutralität der Kirche, eigens in einem Lehrschreiben fixiert, dürfte nicht nur als epochaler Beitrag zur Demokratie gewertet werden, sondern auch geeignet sein, eine der Ursachen innerkirchlicher Spannungen abzubauen und so Schaden für die eigene Substanz zu verhindern.

Die Abstinenz in der Parteipolitik, zu der sich die Kirche bekennt, ist keineswegs als Rückzug aus der Grundsatzzpolitik mißzuverstehen. Die Kirche in der Bundesrepublik will lediglich ihr Wächteramt antreten, einen Posten, den ihr avantgardistische Kirchenmänner wie der Wiener Kardinal König schon vor fünf Jahren angeraten haben. Die Bischöfe betonen in ihrem Schreiben, daß sie an den "sozialen, wirtschaftlichen und politischen Engagement" der Kirche durchaus festhalten wollen, daß sie aber nur noch dann sprechen wollen,

- * 1.) "wenn die Grundlagen unserer Demokratie in Gefahr geraten,
- * 2.) wenn unverzichtbare Rechte des Menschen geschmälert
* beziehungsweise preisgegeben oder
- * 3.) wenn die Freiheit der uns von Christus übertragenen Ver-
* kündigung des Evangeliums direkt oder indirekt einge-
* schränkt würde".

Es wird noch seine Zeit brauchen, bis sich auch im letzten Winkel herumgesprochen hat, daß die Kirche die Wahl einer politischen Partei zur Gewissenssache jedes einzelnen gemacht hat.

Aber unabhängig davon hat die Kirche mit ihren neuesten Erklärungen dazu beigetragen, daß die politische Diskussion in der Bundesrepublik künftig nicht mehr weltanschaulich verbrämt sein wird und daß die ideologischen Vorurteile aus der Politik verschwinden, die bisher den Weg zu einer echten politischen Alternative weitgehend versperrten.

Portugal steuert wieder harten Kurs

Die Ewiggestrigen formieren sich wieder

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Nach 239 linksstehenden Oppositionellen haben jetzt 820 Persönlichkeiten der portugiesischen Hochfinanz und des Geldadels die Lissaboner Regierung in einem Memorandum ersucht, die bisherige Kolonialpolitik aufzugeben und den afrikanischen Befreiungsbewegungen in Portugiesisch-Guinea, Angola und Mozambique die Eigenstaatlichkeit im Verbände eines portugiesischen "Commonwealth" zuzugestehen. Doch die tonangebende Ultrarechte weicht nicht zurück, sie verstärkt im Gegenteil ihre ohnehin mächtige Position.

Gespentisch klang es wie ein drohendes Symbol aus grauer Vorzeit, als der todkranke 80jährige "große alte Mann" Antonio Oliveira de Salazar auf dem Bildschirm erschien und sein Volk ermahnte, als gute Untertanen den "rechten Weg" nicht zu verlassen. Wie ein Phönix aus der Asche hatte sich Salazar, dem sämtliche Ärzte vorzeitig den "faktischen Gehirntod" bescheinigten, trotz seiner körperlichen Gebrechen erhoben, um seiner seit September beiseitegeschobenen autoritären Regierungsweise ein neues Comeback zu verschaffen.

Die "konzertierte Aktion" der ultrakonservativen Salazar-Anhänger hatte erfolgreich alle Strömungen zurückgedrängt, die Salazars Nachfolger Marcello Caetano in einem "Klima gegenseitiger Toleranz" angefleht hatte, sein Angebot zum "politischen Dialog ohne Pallstricke" anzunehmen. Caetano kündigte nach seiner jüngsten Afrika-Reise einen "harten Kurs" in der Kolonialpolitik an, der auch innenpolitisch nicht ohne Folgen blieb und die schleichende Krise des autoritären Regimes weiter schwelen ließ. Salazars Ära ist längst nicht bewältigt.

Als in Oporto 200 Hafenarbeiter einen Demonstrationmarsch veranstalteten, griff die Polizei zu und verhaftete 15 Teilnehmer. Innenminister Antonio Goncalves-Rapazote, aufgeschreckt von einer Streikwelle im Lissaboner Industriegürtel und von Streikdrohungen aus dem öffentlichen Dienst, drohte mit "angemessenen Mitteln", um die Streiks als "Vorstufe zum Bürgerkrieg" mit Bruchialgewalt zu brechen - Außenminister Alberto Franco-Noqueira sekundierte mit dem Ruf nach dem Polizeiknüppel und forderte nachhaltig, das Mehrparteiensystem auch weiterhin zu verbieten: "Wettstreit gefährdet die Autorität".

Die "Inhaber des politischen Mehrwerts", wie sie von der Opposition genannt werden, ließen die Lissaboner Rechtsfakultät schließen, weil die Studenten in pausenlosen Teach-ins gegen den Kolonialkrieg protestierten, der Verteidigungsminister drohte, die unbotmäßigen Studenten kurzerhand in die Afrika-Armee einzureihen, der Sprecher der Einheitspartei der "Nationalen Union", Francisco do Casal-Ribeiro, forderte die Verbannung aller politischen Gegner der Monopolpartei "nach bewährtem Muster".

Der "harte Kurs", zu dem Caetano gezwungen wurde, birgt neue Konfliktstoffe und offenbart, daß Salazars Erbe noch sehr lebendig ist. Ein Oppositionssprecher: "Die kommenden Parlamentswahlen im Herbst können wieder einmal zur Farce werden, der Traum von Freiheit und Demokratisierung war nur kurz". Studentische und soziale Unruhen halten an - Salazars Erben werden jene Geister nicht mehr los, die sie gerufen haben.